

# Der Courier.

## Hallische Zeitung

für Stadt



und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Verlag des Waisenhauses). — Redacteur Dr. G. A. Daniel.

N<sup>ro</sup> 67.

Halle, Dienstag den 10. Februar  
Erste Ausgabe.

1852.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt für Halle und unsere unmittelbaren Abnehmer 22 1/2 Sgr. Durch die resp. Post-Anstalten überall nur 26 1/4 Sgr. — Inserate werden, die dreispaltige Zeile oder deren Raum, mit 1 Sgr. berechnet.

Inhalt: Tageschau. — Deutschland (Berlin, München). — Frankreich (Paris). — Schweiz (Bern). — Locales.

Halle, den 10. Februar. \*)

Se. Majestät der König wird der Vermählungsfeier in Altenburg am 10ten beiwohnen.

In der Zweiten Kammer circulirte am 6ten das Gerücht, die Regierung wolle den Zeitungssteuer-Entwurf zurückziehen.

Die Unterhandlungen über den Anschluß Oldenburgs an den Zollverein haben sich vor der Hand völlig zerschlagen.

In Belgien ist man von französischer Seite her auf Schlimmes gefaßt.

Der „Moniteur“ stellt es in Abrede, daß man an eine Einkommen-Steuer denke.

Die niederländische Regierung ist in Bestrafung der Bonaparte feindlichen Presse nicht so gefügig als die belgische.

Schon vor dem Kirchzuge der Königin Fiabella spürte die Madrider Polizei nach Emigranten der republikanischen Propaganda. Die Königin ist leicht in der Seite verwundet.

Auch aus Delmenhorst (Oldenburg) Berichte von verübten Giftmorden.

### Deutschland.

Der „Preussische Staats-Anzeiger“ vom 8. Februar enthält Folgendes:

Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht:

Dem Amtsrath v. Kühne zu Pöchow bei Potsdam das Ritterkreuz des Königlich Preussischen Ordens von Hohenzollern zu verleihen.

### Erste Kammer.

20. Sitzung am 7. Februar 11 Uhr.

Am Ministertisch die Minister des Kultus und der Finanzen, die Regierungs-Kommissarien Sellwig und Scheerer.

Der Präsident findet es, in Rücksicht auf die bevorstehende längere Dauer der Session, für zweckmäßig, einige Kommissionen schon jetzt zu wählen, und stellt in Rücksicht, schon nächsten Mittwoch das Gemeindegeseß berathen zu können.

Auf der Tagesordnung ist zuerst der Antrag des Dr. Klee, in Bezug auf welchen die Kommission (Ref. Graf Berghaus) anträgt, „an die Königl. Staatsregierung den Antrag zu richten, baldigst ein Geseß einzubringen, durch welches die Steuerfreiheiten, wie sie vor Erlaß der Verfassungs-Urkunde den Kirchenbeamten, so wie den Schullehrern der evangelischen und römisch-katholischen Kirche zugestanden, allgemein wieder hergestellt resp. die entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden.“

\*) Wochenchau in der zweiten Ausgabe.

Der Antragsteller Dr. Klee begründet denselben, indem er die Ansicht wiederholt, daß diese Steuerfreiheit eigentlich zu Recht bestehe, und nur der formelle Schein des Gegentheils zu beseitigen sei.

Der Finanzminister: Die Regierung wird bei Annahme des Antrages Seitens der Kammer denselben in reifliche Erwägung ziehen, deshalb will ich schon jetzt die Bedenken dagegen ausdrücken. Der Minister wiederholt hierauf die bereits in der Kommission vorgebrachte Unterscheidung zwischen persönlicher und Grundsteuer-Befreiung, über letztere werde bei dem einzubringenden allgemeinen Geseß zu berathen sein. Was die Klassensteuer betrifft, so sei die Befreiung von derselben durch ein bestimmtes Geseß aufgehoben, hingegen stehe Art. 101 der Verfassung Ausnahmen nicht entgegen. Er wiederholt die im Bericht angegebene Summe der Anlage für 1851, wonach die Gesamtsteuer der Geistlichen und Lehrer 177,383 Thlr. betrift, fügt eine Uebersicht der einzelnen Summen nach den Klassen hinzu und stellt schließlich der Kammer anheim, einen Entschluß zu fassen.

Geuser gegen den Antrag, der auch andere Beamte zu gleicher Forderung berechtigen würde. Die Gehalte der Lehrer könnte man aus denen der Diplomaten erhöhen. Er will kein Almosen für die Lehrer.

v. Bethmann-Hollweg für den Antrag. Es handelt sich um eine Bevorzugung einer achtbaren Klasse; wenn auch der Vertreter der Finanzen sich gegen eine Mehrausgabe von 177,000 Thlrn. erklären muß, so verdienen doch die Männer, in deren Händen die Zukunft liegt, vor allem Berücksichtigung. Hingegen ist kein Grund, die Lehrer der Juden und Dissidenten auszuschließen, denn, wenn auch die Schule in naher Verbindung mit der Kirche steht, so gehört sie doch auch dem Staat und der Familie an.

Der Kultusminister vertheidigt sich gegen eine Andeutung des Vordrängers, daß der Vertreter seines Ressorts sich in der Kommission gegen den Antrag ausgesprochen, indem das Ministerium ein Ganzes sei, andererseits der Finanzminister die Wichtigkeit des Antrages anerkannt habe. Was die Besserung der Lehrergehalte betrifft, so steht die Feststellung derselben zunächst den Gemeinden zu, und eine Aenderung in dieser Beziehung sei nicht wünschenswert, hingegen bestehen in allen Provinzen gesetzliche Bestimmungen, wonach die Regierung für Erhöhung der Lehrergehalte wirken kann, und auf diese Weise wird die gewünschte Verbesserung ihrer Lage zu erzielen sein, nicht durch ein allgemeines Geseß.

Professor v. Raumer bedauert die getäuschten Hoffnungen der Lehrer durch theils unausführbare, theils unpraktische Bestimmungen. Bei erweiterter Selbstregierung der Gemeinden wird sich das Richtige finden. Auch die gegenwärtige Maßregel ist unpraktisch. Der Redner geht auf die Wirkung ein, welche solche Exemtionen für die Eximirten haben, und findet in derselben einen Rückschritt. Auch die Ausschlie-

fung der Dissidenten ist eine Zurücksetzung wegen Glaubensansichten. (Beifall im Centrum.)

v. Zander beantragt eine in Bezug auf die Erklärung der Regierung motivirte Tagesordnung. Einige andere Anträge finden nicht die nöthige Unterstützung.

Stahl. Die Besteuerung der Kirchen und Schulen ist einer der tiefsten Schäden unserer Gesetzgebung, und ist er in der Verfassung begründet, so muß man letztere ändern. Der Redner deducirt die Steuerfreiheit der Kirche aus der Grundsteuerfreiheit der ursprünglichen Dotationen; sie sei also ein wohl erworbenes Recht, selbst die Konsumtionssteuer der Geistlichen finde sich als altes Herkommen. Sind die Summen groß, so war der Eingriff in diese Rechte um so größer. Die Schmälerung der Dotation habe den theologischen Studien sehr geschadet und drohe ein Mangel an Seelsorgern. Für Staatsbeamte überhaupt könne man keine solche Dotation anföhren. Für die Schullehrer spricht kein Recht, aber die Noth. Einen Grund zur Besteuerung findet der Redner nur in der revolutionären Gleichmacherei. Was die Dissidenten betrifft, so ist ihre Ausschließung hier keine Unterdrückung, nur die vom Staat approbirten Kirchen haben einen Anspruch auf Bevorzugung, wie es der Art. 14. der Verfassung ausspricht. Die Dotation der Kirche ist aber ein Fideikommiß der ganzen Bevölkerung, der Redner hofft, daß die Regierung, welche mit der Revolution zu brechen versprochen, nicht länger die Dotation der Kirche schmälern werde, was die künftige Geschichte nur als Impietät bezeichnen könnte.

v. Forstner protestirt gegen die Ausschließung der Dissidenten aus dem Christenthum.

Minister v. Raumer. Die Regierung wird nie eine Ausdehnung des gegenwärtigen Antrags auf Dissidenten und Juden zugeben, auf welche die vorgebrachte treffende Beweisführung keine Anwendung findet, da ihre rechtliche und historische Stellung eine verschiedene ist.

v. Bethmann-Hollweg erklärt, daß er die Ausdehnung der Steuerfreiheit nur auf die vom Staate anerkannten Schulen der Juden und Dissidenten befürwortet habe.

v. Wincke bekämpft die rechtliche Deduktion des Antrags und behauptet, daß man wieder eine Bestimmung der Verfassung als nicht zu Recht bestehend bezeichne. Die Verminderung des theologischen Studiums scheint ihm auch Folge der herrschenden Intoleranz.

v. Gerlach bemerkt gegen v. Bethmann-Hollweg, daß die Juden nicht eine Religionsgesellschaft, sondern ein Volk seien, und findet in der Anfechtung der Steuer eine Strafe der Revolution. Gegen Stahl bemerkt er, daß man auch in Mittelalter hin und wieder die Kirche besteuert habe, aber man wollte den Staat als solchen religionslos machen, und hob daher die Ementionen auf; aber die Kirche ist auch die Mutter des Staats, die Mutter Preußens, und der Art. 14. der Verfassung ist auch ein Fortschritt gegen das allgemeine Landrecht. Die Schulen sind kirchliche Stiftungen. Der Redner freut sich auch, daß ein katholischer Name sich unter dem Antrage befände, der vorzüglich der evangelischen Landeskirche zu statten komme. Zum Schluß kommt der Redner auf die letzte Rede v. Arnims zurück, und bemerkt, daß nur die Revolution esse, die Reaktion aber langsam und besonnen sei.

Zeit berichtigt thatsächlich gegen v. Gerlach, daß die Verfassung und gesammte Gesetzgebung die Juden nirgends als „Volk“ betrachte, wenn aber v. Gerlach alles dies ignore, so sei es kein Wunder, da ihm auch das Landrecht „revolutionären“ Ursprungs ist. (Beifall links.)

Rühne bezieht sich auf die von dem Finanzminister vorgebrachten Bedenken, zum Beweis, daß die Linke nicht „systematische Opposition“ sei. Er findet in Artikel 14. keine Bestimmung, daß die Kirche nicht auch für ihr Eigenthum steuern müsse, wie jeder Privatmann.

Minister v. Raumer erklärt, daß die Regierung nicht bloß die Schwierigkeiten, sondern auch die Gründe für den Antrag wohl erwogen habe. Rühne glaubt, daß er, wie das Ministerium, für die Tagesordnung sei, wogegen der Finanzminister eine ausweichende Antwort giebt.

Der Schluß der Debatte wird angenommen. Die motivirte Tagesordnung wird verworfen, für das Amendement Bethmann-Hollweg (Weglassung der Worte: „evangelischen und katholischen“) erhebt sich die Minorität (Linke und Centrum). Der Kommissionsantrag wird bei namentlicher Abstimmung mit 73 gegen 63 Stimmen abgelehnt. (Der Präsident Graf Ritzberg, Jacobs, Seeger, Schmückert u. A. stimmten mit Nein, der Minister v. Raumer mit Ja.)

Man geht zum Petitionsbericht über, dessen erster Gegenstand die westphälische Schuld. Die Kommission beantragt, über die Petition des Dr. Jacobson u. s. w. zur Tagesordnung überzugehen. Zeit befürwortet eine Abgabe der Petition an das Staatsministerium. Seine Auseinandersetzung der Verhältnisse findet wenig Aufmerksamkeit, der Antrag wird verworfen.

Es folgt die bekannte Angelegenheit des Predigers Brauner. Die Kommission beantragt Tagesordnung, welche nach kurzer Debatte mit 69 gegen 48 Stimmen angenommen wird.

Schluß der Sitzung 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch.

### Zweite Kammer.

21. Sitzung am 7. Februar. 11 Uhr.

Vorsitzender: Graf Schwerin. Am Ministertische: von Mantuffel, v. Westphalen, v. d. Heydt.

Die Berathung des Etats für das Ministerium des Innern wird fortgesetzt. Wie die Annahme von 6 neuen Hilfs-Sergeanten für die

Polizei-Verwaltung in Danzig waren in der vorigen Session 1080 Thlr., für den Staatsbeitrag zu den Erleuchtungs-, Reinigungs- und Nachwach-Kosten für Berlin 33,001 Thlr. in der Erwartung bewilligt worden, daß die Regierung die Nothwendigkeit der ersten Ausgabe und die Verpflichtung des Staates zur zweiten nachweisen werde. Beide Positionen stehen auch auf dem diesjährigen Etat, was den Abg. Brühner veranlaßt, den vorjährigen Beschluß der Kammer wieder in Anregung zu bringen. Auf die Versicherung vom Ministertische, daß die Regierung im nächsten Budget jedenfalls dem Wunsche der Kammer nachkommen werde, werden jedoch beide Ausgabenposten wiederum anerkannt.

Von der für die höhere Polizei wiederum ausgebrachten Summe von 80,000 Thlr. beantragt Harfort 55,000 Thlr. abzusetzen. Der Antragsteller fürchtet, daß die geheime Polizei zu reglamerem Leben wiedererstand sei, als in seiner Heimath selbst zu Napoleon's Zeiten. Seine Wohlgefühnten, die im Jahre 1848 sich feige verflocht und jetzt durch Denuncationen und Ausheilung von Disciplinarstrafen ihren Patriotismus an den Tag legen, möchten freilich dadurch nicht belästigt werden. Es läßt sich bezweifeln, daß die mit den geheimen Fonds bezahlten Agenten eine gute Gesellschaft sind; man sehe nur an der „Zeit“, welche Presse es ist, die damit unterflügt wird.

Der Ministerpräsident erkennt an, daß einige Blätter aus diesen Fonds unterflügt werden, es sind aber solche, die sämmtlich fern den Provinzen angehören. Die hier erscheinende „Zeit“ gehört nicht darunter. Dieses Blatt ist von einigen hiesigen achtbaren Gewerbetreibenden gegründet und scheint eine Zukunft zu haben. Man nennt wohl nicht ganz mit Recht diese Bewilligung ein Vertrauensvotum; denn einmal sind solche Mittel, zumal wenn sie so niedrig gegriffen sind, für jedes Ministerium eine Nothwendigkeit, und dann hat auch wohl jedes Ministerium ein gewisses Maaß von Vertrauen in Anspruch zu nehmen. Ebenso sind auch die geheimen Agenten der Polizei eine Nothwendigkeit. Erst gestern habe ich telegraphisch die Nachricht von der Entdeckung von vier Falschmünzerbanden in der Rheinprovinz erhalten, die nur durch geheime Agenten zu bewirken möglich war. Meint man, daß solche Personen keine gute Gesellschaft sind, so ist zu bedenken, daß wenn man dient, man sich seine Gesellschaft nicht aussuchen kann. Man hat auch gesagt, die neueren Verwaltungsmaßregeln hätten erst die Demokratie hervorgerufen. Das ist unrichtig, denn die Hauptentwicklung der Demokratie, die von den früheren Regierungen unbeachtet blieb, datirt von 1844. Durch die Ruhe auf den Straßen von Berlin darf man sich nicht sorglos machen lassen; es giebt leider noch verlorene Subjekte genug, die das schlimme Gewerbe treiben, auf den Umsturz zu spekuliren, und da muß man immer des Götteschen Wortes eingedenk sein: Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte. Die in London geschmiedeten Pläne lauten freilich dahin, daß die Demokratie ihre Hoffnungen jetzt nicht auf Preußen, sondern mehr auf die südlichen Staaten setze, aber das mot d'ordre ist auch hier, immer auf der Hut zu sein, und jede Glance, und wer wollte bei der jegigen Weltlage die Möglichkeit einer solchen leugnen, zu benutzen. Ich bitte Sie deshalb im Staatsinteresse, die mäßige Summe nicht zu kürzen.

Ulrichs bringt nochmals die unter die Abgeordneten vertheilte Broschüre auf's Tapet.

Der Ministerpräsident bestreitet bestimmt, daß dieselbe von der Regierung unterflügt sei. Sie habe übrigens drei Auflagen erlebt und scheine schon darum einer Unterflügung nicht zu bedürfen.

Der Fonds für die höhere Polizei wird bei Namensaufzählung mit 177 gegen 91 Stimmen bewilligt; der Harfort'sche Antrag ist damit beseitigt.

Für das Land-Gensd'armerie-Korps sind 885,334 Thlr. ausgesetzt. v. Söner beantragt 40,300 Thlr. für Besoldung der Kreisoffiziere der Land-Gensd'armerie vom Etat abzusetzen, und erläutert die Ueberflüssigkeit und Scheinbarkeit dieser Beamten. v. Kayser hält die Offiziere für unentbehrlich, wenn man den Gensd'armen ihren militairischen Charakter lassen wolle. v. Fedly hält sogar die Kammer nicht für befähigt, über die Frage, in der nur Militairs reden könnten, zu urtheilen, worauf ihm v. Wincke den Rath giebt, sich aus darüber des Urtheils zu enthalten, und aus seiner 11jährigen Thätigkeit als Landrath anführt, daß der geringe Verkehr zwischen den Gensd'armen und ihren militairischen Vorgesetzten, die Thatsache, daß selten oder nie Dienstinstruktionen durch die Brigadiers ertheilt werden, überhaupt verboten sollte, von dem militairischen Geist des Korps zu reden.

Der Ministerpräsident hat dagegen in seiner 9jährigen Thätigkeit als Landrath die hohe Bedeutung der Kreisoffiziere für die ganze Gensd'armerie erkannt, die vorzüglich darauf beruht, daß die Gensd'armerie sich mit allen ihren Bedürfnissen, Verpflegung, Bewaffnung, an ihre Vorgesetzten wenden kann, wie die Soldaten an ihre Offiziere. Im Jahre 1848 haben die Gensd'armerie-Offiziere oft eine außerordentlich gute Wirkung geübt, wo eine Gegend bedroht war, wo die Landwehr und andere Behörden nicht ausreichten. Nehmen Sie nicht ohne Weiteres ein Rad aus der großen Maschine, wenn dessen Wichtigkeit für das Ganze vielleicht auch nicht für Jedermann erkennbar ist. Nachdem auch der Minister des Innern, v. Bodelschwingh u. A. für die Kreisoffiziere gesprochen, wird die Position genehmigt.

Eine längere, besonders durch Wenzel und den Regierungs-Kommissar Noach unterhaltene Debatte entkippt sich über die vom Staat für wohltätige Zwecke zu leistenden Zahlungen. Es werden jedoch dieser wie alle übrigen Titel vom Etat des Ministeriums des Innern gebilligt.

080  
und  
ligt  
und  
eide  
rüh-  
An-  
nern  
an-  
me  
Der  
eben  
ten.  
geht  
Bä-  
tigt  
heit",  
aus  
fer-  
icht  
rei-  
wohl  
ein-  
für  
des  
nen.  
Zeit.  
nach  
ich  
Ber-  
man  
nach  
atie  
De-  
von  
sich  
ge-  
den  
tte.  
De-  
die  
auf  
gen  
tte  
iste  
von  
ebt  
mit  
mit  
ht.  
ere  
er-  
die  
acht  
zu  
des  
nd  
nd  
nie  
er-  
hä-  
ze  
ar-  
an  
zu  
ich  
hr  
ei-  
für  
en  
ie  
ern

Es folgt der Bericht über den Etat für das Bureau des Staatsministeriums. Der Etat schließt mit einer Mehrausgabe von 1925 Thlr. ab, wovon 1200 Thlr. für die neu gegründete Centralstelle für Präsesachen und 600 Thlr. Remuneration für die Büreau-Arbeiten dieser Stelle.

Nach einer Diskussion, an welcher sich Beseler und der Ministerpräsident betheiligten, erfolgt die Genehmigung mit großer Majorität.

Vom Etat für die Ober-Rechnungs-Kammer beantragt Milde (in Uebereinstimmung mit früheren Beschlüssen) 2000 Thlr. für das Gehalt des Chef-Präsidenten abzulegen. Der Antragsteller beklagt sich, daß ohne Rücksicht auf den Beschluß der Kammer es bei dem hohen Gehalt von 6000 Thlr. geblieben ist. Der Regierungs-Kommissar rechtfertigt dies durch die eigenthümliche Stellung des Chef-Präsidenten, der von keinem Departements-Minister abhängig, unmittelbar unter dem König steht und hinter den Oberpräsidenten folglich auch hinsichtlich der Befolgung nicht zurückstehen dürfe. Die Regierung erwarnt um so weniger eine Beauftragung der im Etat ausgewiesenen Summe, als ein Gesetz über Reorganisation dieser Behörde vorbereitet werde. Der Antrag Milde's wird abgelehnt.

Schluß: 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

**Berlin**, den 7. Februar. Se. Majestät der König haben Allerhöchst Sich heute Abend nach Potsdam begeben, von wo Allerhöchstdieselben morgen zurückkehren werden. Am 9. d. M. werden Se. Majestät dem Vernehmen nach über Rötzen und Leipzig nach Altenburg gehen, um der Vernehmung des Erbprinzen von Oldenburg mit der Prinzessin Elisabeth von Altenburg beizunehmen. Se. Majestät werden am 11. d. M. von dort hierher zurückkehren.

**München**, Freitag den 6. Februar. Eine Allerhöchste Verordnung ist erschienen, wonach der Zinssfuß für fernere Staats- und Eisenbahn-Anleihen bis auf Weiteres auf 4 1/2 Prozent festgesetzt wird.

(L. D. d. G. B.)

**Frankreich.**

**Paris**, Freitag den 6. Februar, 7 Uhr Abends. Nach heute hier eingetroffenen näheren Nachrichten aus Madrid über das Attentat auf die Königin Isabella erhielt dieselbe Montag den 2. Februar bei ihrem ersten Ausgange nach dem Wochenbette, indem sie sich, vom Hofe umgeben, aus dem Palaste zur weit entlegenen Kirche Atocha begab, einen Dolchstoß in die Seite. Der Thäter ist ein Briefeier und wurde augenblicklich verhaftet. Die Wunde scheint nicht gefährlich zu sein. Die Königin blieb mutzig und gefaßt. Die Besorgniß und die Theilnahme des Volkes ist allgemein. Die Königin hatte von Montag auf den Dienstag eine ruhige Nacht; obgleich sich Wundfieber einstellen, so war doch die Entzündung in der Gegend der verwundeten Stelle nur mäßig. (Tel. Dep. d. R. 3.)

**Paris**, den 5. Februar. Das Attentat auf die Königin von Spanien erregt allgemeinen gerechten Unwillen. Die Reden Lord John Russell's und Lord Palmerston's, die heute nur noch in den englischen Journalen gelesen wurden, machen in höheren Kreisen namentlich großes Aufsehen. Dann wird die im heutigen „Moniteur“ mitgetheilte Note, welche den „böswilligen Gerüchten“, daß die Regierung sich der Affektranzgen bemächtigen und eine Einkommen- und Rentensteuer einführen will, widerspricht, überaus günstig. So dürfte denn auch das Gerücht von einem Eintritte Michel Chevalier's, des bekannten Staatsökonomien, in das Ministerium des Innern sich nicht bestätigen.

Der Graf Montalembert ist heute in der französischen Akademie aufgenommen worden. Seine höchst geistvolle Antrittsrede füllt etwa 11 Spalten der großen Journale. Herr Guizot antwortete ihm in würdiger Weise. Beider Reden tragen eine starke politische Färbung.

**Schweiz.**

**Bern**, den 5. Februar. Was man sich schon längst zugestüstert, kann nicht mehr bezweifelt werden: Der französische Gesandte in der Schweiz hat dem Bundesrath wegen Ausweisung der Flüchtlinge eine in ziemlich herben Ton gehaltene Note überreicht. Die Ausdrücke derselben sollen so bestimmt sein, daß sie einem Befehl fast gleich kommen. Die Zeitung „Bund“ leugnet zwar diese Thatsache nicht mehr, vertheidigt aber den Bundesrath wegen der ihm vorgeworfenen Geheimhaltung. Die Verhandlungen über den betreffenden Gegenstand seien noch zu keinem Abschluß gekommen, sagt dies Blatt, und beide Theile hätten sich noch nicht definitiv ausgesprochen. Das in Bern verbreitete Gerücht, es sei der erste Bundesausgang auf's Rifel gestellt, bezeichnet der „Bund“ als völlig grundlos.

**Locales.**

**Verzeichniß**

der von dem Schwurgerichtshofe zu Halle a./S. vom 9. Februar 1852 ab zu verhandelnden Sachen.

Vorsitzender: App.-Ger.-Rath Westphal. Beisitzer: die Kreis-Ger.-Räthe Bergande, Wunderlich, Stecher und Freund.

- 1) Am 9. Februar: Handarbeiter Puzmann und 2 Genossen.
- 2) Kaufmann Häner aus Eisenberg: Fälschung von Privatschriften mit Nachmalen der Handschrift. — 3) Am 10. Februar: Handarbeiter Crystall: Beschädigung fremden Eigenthums aus Rache oder Bosheit.
- 4) Separirte Hoffmann und Verehel. Gebestadt: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 5) Dienstknecht Warendt: schwerer Diebstahl.
- 6) Am 11. Februar: Verehel. Kettel: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 7) Verehel. Walther: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.

- 8) Unverehel. Schmidt: schwerer Diebstahl.
- 9) Dienstknecht Schmidt: schwerer Diebstahl.
- 10) Dienstknecht Hesse: schwerer Diebstahl im wiederholten Rückfalle. — 11) Am 12. Februar: Handarbeiter Allner: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 12) Dienstknecht Voigt: schwerer Diebstahl. — 13) Am 13. Februar: Unverehel. Reikmann: schwerer Diebstahl.
- 14) Schuhmacher Müller: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 15) Handarbeiter Gerboth und verehel. Jaisl: Diebstahl im wiederholten Rückfalle. — 16) Am 14. Februar: Handarbeiter Sioye: Unzucht mit Personen unter 14 Jahren. — 17) Am 16. Februar: Handarbeiter Kettitz und Rauschenbach: Nordversuch und unbefugtes Jagen. — 18) Am 17. Februar: Postunterbeamter Reiz: Beschädigung durch Nachlässigkeit bei Führung eines Eisenbahnzuges. — 19) Am 18. Februar: Verehel. Fischer: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 20) Arnenhäusler Koch: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 21) Unverehel. Arndt: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 22) Steinbrecher Albrecht: schwerer Diebstahl.
- 23) Kellner Kunze und Stansch: schwerer Diebstahl. — 24) Am 19. Februar: Arbeitsmann Henze: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 25) Arnenhäusler Lauer: Nordversuch. — 26) Am 20. Februar: Sigarreumacher Troitsch: Unkundenfälschung.
- 27) Handarbeiter Müller: schwerer Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 28) Johanne Marie Meisel, Johanne Susanne Rögl: Diebstahl im wiederholt. Rückfalle.
- 29) Arnenhäusler Brandt: einfacher Diebstahl im wiederholten Rückfalle. — 30) Am 21. Februar: Kleinweber Schmidt: schwerer Diebstahl.
- 31) Mauerges. Bauer und Mauerges. Wenzel: Diebstahl im wiederholt. Rückfalle u. Körperverletzung. — 32) Am 23. Februar: Handarbeiter Porviz, schwerer Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 33) Verehel. Quenthe, Diebstahl im wiederholten Rückfalle. — 34) Am 24. Februar: Verehel. Gasmann und Ziegenstein: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 35) Handarbeiter Weidardt und Heinemann: Diebstahl im wiederholten Rückfalle und unbefugtes Jagen. — 36) Am 25. Februar: Unverehel. Einfuhr und 3 Genossen: Diebstahl im wiederholten Rückfalle.
- 37) Wittwe Duesfurth: Diebstahl im wiederholten Rückfalle. — 38) Am 26. Februar: geschiedene Korz: schwerer Diebstahl. — 39) Am 27. Februar: Dienstknecht Deutschbein: schwerer Diebstahl.
- 40) Handarbeiter Michaeleis: schwerer Diebstahl im wiederholten Rückfalle.

**Fremdenliste.**

- Angefommene Fremde vom 7. bis 9. Februar.
- Im Kronprinzen:** Hr. Oberstlt. a. D. v. Gensau a. Garnstadt. Hr. Oberst a. Reg. a. Kommand v. Herting a. Erfurt. Die Hrn. Particul. v. Bomsdorf a. Sangerhausen u. v. Bernhardt a. Berlin. Die Hrn. Kauf. Denicke a. Varduin, Arnolds a. Brüssel, Küster a. Dresden, Müller a. Bamberg.
- Stadt Jülich:** Die Hrn. D. Amst. Sander a. Neumünster, Wendenburg a. Hevelsberg u. Schottelius a. Frankleben. Hr. Amtm. Roth a. Donorf. Hr. Fabrik. Brommer a. Gießh. Hr. Factor Beshoren a. Eisenberg. Hr. Wärb. leub. Körper u. Hr. Kaufmann Lüdecke a. Bettstedt. Die Hrn. Kauf. Rathsam u. Sanner a. Magdeburg, Heinz a. Wroßheim, Segnitz u. v. Doen a. Bremen, Stahl a. Leipzig.
- Goldner King:** Die Hrn. Amtl. Fuß a. Blößen u. Diebelsbein a. Erenteln. Hr. D. Inspect. Künzling u. Hr. Wärb. Inspect. Höpner a. Großwalldorf. Hr. Kaufmann Löwe a. Berlin. Hr. Hauptm. a. D. Müller a. Magdeburg.
- Goldner Löwe:** Hr. Director Bernhardt a. Sommerda. Die Hrn. Kauf. Werner a. Hensberg, Grob a. Reiz, Schilling a. Bernburg, Calkmann a. Paderborn, Leuscher a. Bremen.
- Engländer Hof:** Hr. Particul. Weller a. Hamburg. Hr. Insp. Gabegast a. Danzig. Hr. Direkt. Zapfe a. Frankfurt. Die Hrn. Kauf. Stadtmann a. Eretzin, Berger u. Querkert a. Berlin, Heinicus a. Leipzig u. Theile a. Berlin. Hr. Gutsh. Lebnig a. Gerbstedt. Hr. Aktuar Thieme a. Oera. Hr. Lehrer Schiller a. Berlin.
- Stadt Hamburg:** Hr. Hauptm. v. Schönding a. Bienen. Hr. Kantmfr. v. Geisfeld u. Magdeburg. Hr. Rittergutsbes. Meyer a. Bendorf. Hr. Stad. Freib. v. Thorn a. Berlin. Hr. Amtm. Grelach a. Ebersdorf. Hr. Oberbergr. Eckardt a. Annarode. Die Hrn. Defonomen Hausknecht a. Reimsdorf u. Scharus a. Aulleben. Hr. Fabrik. Große a. Leipzig. Hr. Rittergutsbes. Paeffe a. Pommern. Die Hrn. Kauf. Thomas a. Kienitz u. Looke a. Berlin.
- Saline Angel:** Hr. Kandid. Billhardt a. Weiffenfeld. Die Hrn. Reg. Supern. Weise u. Ritter a. Werfburg. Die Hrn. Kauf. Meyer a. Brandenburg, Junk a. Potsdam, Krause a. Waltershausen. Hr. Getreidehblr. Schröpfer a. Hof.
- Chüringer Bahnhof:** Die Hrn. Kauf. Herrmann u. Meyer a. Frankfurt a. Hartmann a. Mainz. Hr. Kammerger. Professor Wichmann a. Merseburg. Hr. K. R. Oberlieut. Sundberdt a. Mainz. Hr. Bureau-Chef Simson a. Krauß. Die Hrn. Buchhändler Kühne a. Leipzig und v. Managold a. Weimar. Hr. Kammerer Frb. v. Bethmann a. Nürnberg. Die Hrn. Rent. Bremmer u. Bönnecke a. Frankfurt.

**Meteorologische Beobachtungen.**

	7. Februar.	Morgens 6 Uhr.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Tagesmittel.
Lufdruck . . .	27 P. 3. 9,5 P. 2.	27 P. 3. 10,7 P. 2.	27 P. 3. 11,0 P. 2.	27 P. 3. 10,4 P. 2.	
Luftrwärme . . .	1,7 Gr. Rm.	4,4 Gr. Rm.	2,4 Gr. Rm.	2,8 Gr. Rm.	
Wetter . . .	heiter.	ziemlich heiter.	trüb.	ziemlich heiter.	
Wind . . .	W.	NW.	SW.	NW.	

**Allgemeiner Anzeiger.**

- Verlobt:** Bertha Spelling und Heinrich Brücke (Dsmarsleben und Neugattersleben). — E. Carus in Zeiz mit Fr. R. Wiegandt.
- Getraut:** Friederike Lange geb. Schnabel und Julius Lange (Halle).
- Geboren:** Julius Haedike, ein Sohn (Priester).
- Gestorben:** Stiftsräthin Schubring geb. Studemund (Desau). — Samuel Kirchberg (Wolfsch).

